Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Februar 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-
leninistische
Monatszeitschrift

Großoffensive in Südvietnam

Die Großoffensive der südvietnamesischen Befreiungsfront rollt. Täglich, stündlich treffen neue Erfolgsmeldungen ein. Kämpfe in Saigon, Hue, Da Nang und in weiteren 55 Städten des Landes. Die Lage der USA-Invasoren und ihrer südvietnamesischen Marionetten verschlechtert sich täglich. Schon drohen Kriegswahnsinnige im Pentagon mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen. In ihrer Bedrängnis greifen sie zu der von Hitler kreierten Taktik der verbrannten Erde und vernichten ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung mit Raketen, Napalm und Bomben ganze Städte, z.B. Ben Tre im Mekong Delta, das von den Befreiungskräften erobert wurde. Allein in dieser völlig dem Erdboden gleichgemachten, früher 35 000 Einwohner zählenden Stadt, rechnet man mit über 1000 gemordeten Frauen und Kindern.

Die US-Aggressoren haben in Vietnam wiederum eine Überraschung erlebt, mit der man im Pentagon ganz sicher nicht gerechnet hatte. Während die amerikanischen Militär-"Experten" einen Angriff auf den Stützpunkt Khe San, wenige Kilometer südlich der Demarkationslinie, erwarteten und westdeutsche Zeitungen schon besorgt fragten: "Ein zweites Dien Bien Phu?", brach in den Städten Südvietnams der Aufruhr los. In Hue, Saigon, Dalat entstanden Revolutionskomitees, und in der "Höhle des Papiertigers", der amerikanischen Botschaft, hatten sich Angehörige der Befreiungsfront verbarrikadiert. Über ganz Südvietnam wurden Nachrichtensperre und Kriegsrecht verhängt. Panzer und Kampfflugzeuge griffen die Wohnviertel Hues und Saigons an. Nach eigenem Eingeständnis haben die Reaktionäre innerhalb der ersten Woche des Aufstandes etwa 20 000 Menschen hingemordet. Andererseits zerstörte die Befreiungsarmee mit Hilfe der Bevölkerung Dutzende von Hubschraubern, Panzern und Kampfflugzeugen sowie eine große Anzahl von Verwaltungsgebäuden, Polizeistationen und militärischen Anlagen. Mehrere Tausend politische Gefangene konnten befreit werden, so allein in Hue mindestens 7000. Viele wichtige Schriftstücke, Urkunden und Akten fielen in die Hände der Aufständischen oder wurden von umzingelten Feindeinheiten vernichtet.

Die Presse der USA und ihrer Satelliten, insbesondere Westdeutschlands, war eifrig bemüht, das wahre Ausmaß der Rebellion zu verschleiern. Dagegen schrieb die konservative französische Tageszeitung "Paris Jour" ganz offen: "Die Wahrheit ist, daß diese Blitzaktion nur mit der aktiven oder passiven Mithilfe der Zivilbevölkerung vorbereitet werden konnte. Anläßlich der Bombardierung der Vororte von Saigon rutschte allerdings auch der BILD ein Stückchen Wahrheit heraus: "Hart und gnadenlos griff Südvietnams Regierung gestern zum erstenmal in größerem Stil gegen die Zivilbevölkerung durch, die mit den Partisanen gemeinsame Sache macht ..." (BILD, 1. Februar). Und einen Tag später meldete die "Frankfurter Rundschau", über vielen Häusern wehe die Fahne der Befreiungsfront, auch in den immer noch "ruhigen" Stadtteilen.

Die Großoffensive im Landesmaßstab hat eine neue Etappe des vietnamesischen Volksbefreiungskrieges eingeleitet. Die Moral der Aggressoren ist auf dem Nullpunkt angelangt. Die Marionettenarmee ist fast vollständig zusammengebrochen.

"Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien! Völker der ganzen Welt, seid mutig, habt Mut zu kämpfen, fürchtet keine Schwierigkeiten, stürmt Welle auf Welle vorwärts, und die ganze Welt wird den Völkern gehören. Alle finsteren Mächte werden restlos vernichtet werden."

Mao Tse-tung

Nach dieser Großoffensive wird es mit den Imperialisten und Reaktionären aller Länder noch schneller bergab gehen. Gleichzeitig haben die Kämpfe in den Städten Südvietnams die unsinnige Behauptung der Revisionisten widerlegt, Häuser- und Straßenkampf sei heute nicht mehr möglich. Die jüngsten Heldentaten des vietnamesischen Volkes begeistern die Revolutionäre aller Länder und treiben sie voran.

Nach dieser Niederlage werden die US-Imperialisten unweigerlich ihre Anstrengungen verstärken, durch "Verhandlungen" doch noch mit heiler Haut aus der Sackgasse zu kommen. Da die Aggressoren vom Volk Vietnams schwer bedrängt werden, sind sie vor allen darauf aus, eine kleine Atempause zu gewinnen. Daher streben die US-Imperialisten eine "Lösung im Sinne des Genfer Abkommens" an. D.h., das Volk von Vietnam legt die Waffen nieder - und dann wird man schon weiter sehen . Es ist sicher kein Zufall, daß die westdeutsche "Kampagne für Abrüstung" für den diesjährigen Ostermarsch die Parole "Einstellung der Bombenangriffe gegen die DRV" und "Lösung im Sinne des Genfer Abkommens" ausgegeben hat. Je miserabler die Situation der Aggressoren, desto unverschämter die Versucho der Reformisten und Pazifisten, ihnen aus der Patsche zu helfen! Diese Leute haben schon vor längerem die Frage der Bombenangriffe gegen die DRV willkürlich aus dem Komplex des Vietnamkrieges herausgelöst und zu einer besonderen gemacht, ungeachtet der Tatsache, daß Nord- und Südvietnam eine unverbrüchliche Einheit bilden. Dadurch soll die Bevölkerung Nordvietnams von den Landsleuten im Süden isoliert und zu separaten "Friedensgesprächen" gezwungen werden. Gleichzeitig haben diese Leute versucht, das Genfer Abkommen, das längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist, als letzten Schrei aufzutischen. Darüber hinaus faseln sie von einer "Neutralisierung ganz Vietnams"...

Solidarität mit dem Volk Vietnams, d.h. Kampf gegen die Aggressoren, vor allem gegen ihre Stützpunkte und Filialen in Westdeutschland. Gleichzeitig müssen wir aber all die entlarven, die den Aggressoren goldene Brücken bauen möchten.

Dieser Frühling übertrifft alle anderen.
Im ganzen Lande steigt der Siege
glückverheißende Flut.
Auf zum Kampf
gegen die amerikanischen Angreifer.
Vorwärts, der totale Endsieg wird
unser sein.

Ho Chi Minh

Solidarität mit dem Volk Vietnams

Wie überall in der Welt, verstärken auch in Westdeutschland die fortschrittlichen revolutionären Kräfte ihre Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus.

Mannheim

Im Anschluß an eine Kundgebung zogen am 28.1.68 etwa 1000 Demonstranten in das US-Wohngebiet "Benjamin-Franklin-Village", das der Vier-Sterne-General Polk, Chef der US-Streitkräfte in Westdeutschland, zu exteritorialem Gebiet erklärt und somit der Souveränität westdeutscher Behörden entzogen hatte. Für alle US-Soldaten im Raum Mannheim war Ausgangssperre verhängt worden. Wasserwerfer, Hundertschaften der Polizei standen bereit. Trotzdem gelang es nicht, den Durchbruch der Demonstranten in die US-Wohnsiedlung zu verhindern. Mit Sprechchören und Losungen durchzogen sie das verbotene Areal. "Amis raus aus Vietnam" - "Der USA-Imperialismus ist der Weltfeind Nr. 1" - "Yankee-Nazis" und Hochrufe auf den Präsidenten Ho-Chi Minh ertönten. Mehrfach wurden die GI's in englisch aufgefordert zu desertieren und Dänemark oder Schweden einen Besuch abzustatten.

Frankfurt/M.

Nach Anhören eines "teach-in" über Vietnam in der Goethe-Universität am 5.2.68, wo u.a. die Genossen Dutschke und Krahl sprachen, zogen nahezu 3000 Studenten, junge Arbeiter und Schüler mehrere Stunden durch die Innenstadt Frankfurts. Straßenschlachten entwickelten sich vor dem US-Generalkonsulat, dem Amerikahaus und dem US-Handels-Centre am Opernplatz, als die hessische Bereitschaftspolizei aus Wiesbaden mit Wasserwerfern, Polizeireitern und Hundestaffeln anrückte. Der Verkehr in der Innenstadt kam zum Erliegen, als der von Fahnen der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL), roten Fahnen der Arbeiterklasse und der cubanischen Fahne angeführte.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Verlag Ernst Aust

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

und mit zahlreichen Losungen und Transparenten gegen den USA-Imperialismus übersäte Demonstrationszug, der die volle Breite der Straßen einnahm, sich immer wieder den brutalen Angriffen der Polizei stellte. Ein Höhepunkt der Kampf-Demonstration war ohne Zweifel die zeitweilige Besetzung des US-Handels-Zentrum am Zürich-Hochhaus. Die Flaggen der FLN und Cubas wurden unter dem Beifall der Menge auf dem Dach der US-Institution aufgepflanzt. Unter den Zurufen "Es lebe Mao!" wurde von jungen Marxisten-Leninisten das "Rote Buch" des Vorsitzenden Mao-Tse-tungs geschwenkt. Bei den Auseinandersetzungen gab es einige Verletzte auf beiden Seiten. Ca. 10 Demonstranten wurden in Haft genommen.

Hamburg

Auch in Hamburg wehten rote Fahnen und FLN-Banner über den Köpfen der ca. 3000 an einer Protestveranstaltung gegen die US-Aggression in Vietnam auf der Moorweide teilnehmenden Studenten, Schülern und jungen Arbeitern. Anschließend wurde der Verkehr am Dammtorbahnhof blockiert, um mit Autofahrern und Passanten über den Vietnamkrieg zu diskutieren. Mit Transparenten und unter Ho-Chi-Minh-Rufen zog anschließend eine Gruppe von rund 500 Mann zum Springer-Hochhaus, um dort die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse zu verhindern. Sitzstreiks und brennendes Bohnerwachs verhinderten zeitweise das Ausfahren der Zeitungswagen. Erst nach Stunden, nachdem noch einzelne Gruppen vor dem US-Konsulat demonstriert hatten, trat Ruhe ein.

München

Am gleichen Tage, am 9.2.68, stürmte eine Gruppe Demonstranten die Bühne des Amerika-Hauses in München, als der Kulturattaché der US-Botschaft eine amerikanische Ausstellung eröffnete. Unter Fahnen der FLN erklangen Sprechchöre wie "Johnson - Mörder" und Hochrufe auf den Präsidenten Ho Chi Minh. Knallkörper, Stinkbomben und Farbbeutel legten die Versammlung lahm, die anrückende Polizei nahm 40 Demonstranten zeitweilig fest.

Westberlin

Zu einem Höhepunkt in der Protestbewegung gegen den Überfall der USA auf Vietnam dürfte sich der für den 17. und 18.2. in Westberlin vom SDS geplante Vietnam-Kongreß entwickeln. Tausende aus dem In- und Ausland haben schon heute ihre Teilnahme zugesagt.

In einem Artikel im "FU-Spiegel", dem offiziellen Organ der Studentenvertretung, heißt es zu dem Kongreß, die Kongreß-Teilnehmer sollten davon ausgehen, daß der Vietnamkrieg keine zufällige Einzelerscheinung ist, sondern ein "Modellfall" für ähnliche Konflikte in "anderen unterentwickelt gehaltenen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas." Es wird davon ausgegangen, daß die "amerikanische Aggression" direkt die europäische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sozialismus betreffe und jeder Revolutionär für den Sieg der vietnamesischen Revolution arbeiten müsse. Wörtlich: "Deshalb darf Europa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muss aktiv in den internationalen Kampf gegen diese Spätgeburt des Kapitalismus eintreten. Die aktuellen Ziele des Kampfes sind: der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO; die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß; die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung neutralisiert. Ähnlich wie OLAS-Konferenz eine revolutionäre Strategie für Lateinamerika entwickelt hat, soll diese Konferenz in Berlin neue Formen aktiver Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und Kampfmassnahmen gegen die imperialistischen Handlanger in Westeuropa entwickeln."

Methoden des Klassengegners

Zu einer altbekannten Taktik des Klassengegners gehört es, Zwietracht und Mißtrauen in die Reihen der fortschrittlichen, revolutionären Kräfte zu säen. Dabei spielen sich Revisionisten und Organe des Verfassungsschutzes ungeniert in die Hände.

Bekannt sind die in letzter Zeit mehrfach erfolgten Veröffentlichungen über versuchte Anwerbungen von Studenten für Zwecke des Verfassungsschutzes. Mag es sich in einzelnen Fällen tatsächlich um Pannen bei der Anwerbung handeln, die Vielzahl jedoch gibt zu denken. An und für sich sind die Organe des Verfassungsschutzes nicht so dumm, sich ihre 8-Groschen-Jungen nicht vorher genau anzusehen. Man könnte auch umgekehrt die Frage stellen, haben diese Meldungen nicht den Zweck, die Studenten unsicher zu machen?

Offensichtlich wird diese Methode dort, wo - wie in Hamburg - ein revolutionä-

rer Student im SDS als Zuträger zum Verfassungsschutz verleumdet wird. Ein Mädchen erzählt: Sie habe einen Verlobten, der Verlobte habe einen Bekannten, und dieser Bekannte habe gesehen, daß sich der Student X - dabei wird eine Beschreibung gegeben - mit einem Verfassungsschutzbeamten getroffen habe. Der Stich sitzt. Das Mißtrauen ist da. Mag der Student gute Aktionen vorschlagen, er wird als Provokateur, mag er zu revolutionärer Geduld mahnen, er wird als Bremser verdächtigt.

Ganz offensichtlich wurde diese widerwärtige Methode der Verleumdung in Mannheim, als auf der Versammlung des ROTEN MORGEN ein bekannter KPD-Funktionär es ablehnte mit dem Redakteur unserer Zeitschrift zu diskutieren, dagegen bereit war, mit dem Genossen Helmut G., den man einige Monate zuvor im "Freien Volk" als bekannten Agenten des Verfassungsschutzamtes verleumdet hatte, zu sprechen.

Alle Marxisten-Leninisten wie auch alle Genossen im SDS sollten auf solche Methoden nicht hereinfallen. Man sollte denjenigen, die unbewiesene Gerüchte verbreiten und Mißtrauen säen, wie jenen, die einwandfrei als 8-Groschen-Jungen entlarvt wurden, die Behandlung zuteil werden lassen, die in der Arbeiterklasse in solchen Fällen seit altersher üblich ist.

ABFUHR!

Unter den Porträts von Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao-Tse-tungs fand Ende vergangenen Monats in Mannheim die erste öffentliche Versammlung der "revolutionären Linken" in Verbindung mit unserer Zeitschrift ROTER MORGEN statt. Siegesgewiß hatten die Revisionisten ihre Gefolgsleute aus der Umgebung zusammengefahren, um die Versammlung zu sprengen. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt, die anwesenden Marxisten-Leninisten gemacht. Nicht nur, daß sie eine Abstimmungsniederlage erlitten, ihr unqualifiziertes Verhalten, das aus Pöbeln statt argumentieren bestand, verscherzten ihnen die letzten Sympathien bei den Anwesenden.

Wiederum zeigte sich das typische Verhalten dieser Renegaten: Während sie ohne Hemmungen bereit sind sich mit den Rechten zu verbünden und vor Freude rotieren, wenn sich ein sozialdemokratischer Funktionär herabläßt mit ihnen zu sprechen, richtet sich ihr wütender Haß gegen alle wahren Marxisten-Leninisten. Sie werden wie all ihre revisionistischen Vorgänger auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

Das sozialistische Albanien hat die Leistung seiner Sender weiter ausgebaut, wodurch sich noch bessere Empfangsmöglichkeiten auch in Westdeutschland ergeben. Gleichzeitig ist das

<u>Deutschsprachige Programm</u>

<u>von RADIO TIRANA</u>

noch reichhaltiger geworden und kann jetzt täglich siebenmal empfangen werden. Für kleinere Radiogeräte und in ungünstigen Lagen empfiehlt sich der Empfang der Mittelwelle um 21.30 Uhr.

<u>Empfangszeiten und Wellenlängen:</u>

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00- 6.30	215 m	41 m, 50 m
14.30-15.00	-	41 m, 50 m
16.00-16.30	-	41 m, 50 m
18.00-18.30	-	41 m, 50 m
19.00-19.30	-	41 m, 50 m
21.30-22.00	215 m	- 50 m
23.00-23.30	-	41 m, 49 m

<u>RADIO PEKING</u> in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

\+ + + +

Zum 70. Geburtstag BB's

Am 10. Februar wäre der größte deutsche Dramatiker dieses Jahrhunderts, der Kommunist Bertolt Brecht, 70 Jahre alt geworden. In Erinnerung an sein der Arbeiterklasse und Befreiung der Menschheit dienendes Schaffen nebenstehend eines seiner Gedichte:

DIE ANDERE SEITE

1934, im achten Jahr des Bürgerkriegs
Warfen Flugzeuge Tschiang Kai-scheks
Über dem Gebiet der Kommunisten Flugblätter ab
Die auf den Kopf Mao Tse-tungs einen Preis setzten.
Umsichtig
Ließ der gebrandmarkte Mao angesichts des Mangels
An Papier und der Fülle der Gedanken die einseitig
Bedruckten Blätter aufsammeln und brachte sie
Auf der sauberen Seite bedruckt mit Nützlichem
Unter der Bevölkerung in Umlauf.

Wir brauchen die internationale marxistisch-leninistische Einheit

Im letzten ROTEN MORGEN schrieben wir über den Mißbrauch des Wortes "Personenkult" durch die modernen Revisionisten. Heute wollen wir uns dem Argument einiger KPD-Genossen zuwenden, das in etwa lautet: "Wir möchten die Abhängigkeit von Moskau, nicht mit einer Abhängigkeit von Peking vertauschen", oder dem Vorwurf, den die Herren im Kreml gegen die KPChinas erheben: Sie griffe nach der Führung.

Was heißt hier Führung? Gibt es eine solche, alle Bruderparteien beherrschende Führung? Und in wessen Händen liegt sie derzeit?

Zweifellos scheint sich die revisionistische Führung der KPdSU als den natürlichen Führer aller kommunistischen Parteien zu betrachten, obwohl sie unentwegt "von der Unabhängigkeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien gemäß den konkreten Bedingungen eines jeden Landes" schwätzt. Nach ihrer Logik sind ihr Programm, ihre Resolutionen und Erklärungen samt und sonders heiliges Gesetz. Und wehe dem, der wider den Stachel löckt und ihre unendliche Weisheit anzuzweifeln wagt. Er wird gescholten, verdammt, als Spalter, Dogmatiker, Chauvinist usw.

Die Führer der KPdSU mögen sich gesagt sein lassen, die kommunistische Weltbewegung ist kein feudaler Klan, in dem es Vorgesetzte und Untergebene, Herrscher und Beherrschte gibt. Alle Bruderparteien, ausnahmslos ob groß oder klein, ob alt oder neu, ob an der Regierung oder nicht, sind unabhängig, selbständig und gleichberechtigt. Das einmal vorweg. Eine andere Sache ist, daß es im internationalen Kampf des Proletariats um seine Befreiung Vorhuten, Avantgarden gibt. Nach der Niederlage der Pariser Kommune waren, wie Engels sagte, "die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des proletarischen Kampfes gestellt worden." Und er fuhr fort: "Wie lange die Ereignisse ihnen diesen Ehrenposten lassen werden, läßt sich nicht vorhersagen ... vor allen aber gilt es, sich den echt internationalen Sinn zu wahren, der keinen politischen Chauvinismus aufkommen läßt und der jeden neuen Schritt in der proletarischen Bewegung mit Freuden begrüßt, einerlei von welcher Nation er ausgeht." Der nächste Schritt kam bald, und es war das russische Proletariat, das ihn siegreich in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog. Lenin sagte 1919: "Zeitweilig - selbstverständlich nur für kurze Zeit - ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in verschiedenen Perioden des 19. Jahrhunderts die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben."

"Vorhut" im Sinne von Engels und "Hegemonie", wie es Lenin meinte, bedeuteten keineswegs, daß eine Partei, die in die Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung gestellt wurde, mit anderen Bruderparteien herumkommandieren könnte, oder daß andere Bruderparteien ihnen zu gehorchen hätten. Als die Kommunistische Partei Rußlands (B) zur Avantgarde der Bewegung wurde, sagt Lenin: "... in Voraussicht all der Entwicklungsstadien in den anderen Ländern soll man nichts aus Moskau dekretieren."

Gerade die KPChinas, der die sowjetischen Revisionisten den "Griff nach der Führung" vorwerfen, war es, die auf der Beratung der Bruderparteien von 1957 - als der Verrat der Führung der KPdSU noch nicht so offenkundig war und Hoffnung auf ein Insichgehen bestand - Nachdruck auf die Feststellung legte, daß die Sowjetunion an der Spitze im sozialistischen Lager stehe. Doch Chruschtschow selbst beschwerte sich später darüber. Er sagt: "Was kann uns dieses 'an der Spitze' materiell eintragen? Weder Milch noch Butter, weder Kartoffeln noch Gemüse oder Wohnungen. Was kann es uns moralisch geben? Nichts." Oder ein anderes Mal: "Was nützt uns dieses 'an der Spitze'? Zum Teufel damit!"

Also, wenn nichts dabei für herausspringt, wenn im Gegenteil das 'an der Spitze'-stehen erhöhte Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Weltproletariat bedeutet, so pfeifen sie darauf. Welch schäbige Krämerseelen. Allerdings, nur in Worten lehnen sie ab 'an der Spitze' aller Bruderparteien zu stehen, in der Tat aber verlangen sie das Privileg über ihnen zu stehen, verlangen sie unbedingten Gehorsam.

Spätestens jedoch, als sich die Führung der KPdSU auf den Weg des Revisionismus und Spaltertums begab, als sie die Beschlüsse der Bruderparteien von 1960 ignorierte, sich dem Hauptfeind der Völker, dem USA-Imperialismus anbiederte, den Renegaten Tito rehabilitierte und begann, durch das 'neue System' den Kapitalismus in ihrem Lande zu restaurieren, büßte sie ihre Position 'an der

Spitze der internationalen kommunistischen Bewegung automatisch ein. Und spätestens nach der Entwicklung einer korrekten marxistisch-leninistischen Generallinie, spätestens aber seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China, die einen unverrückbaren Meilenstein auf dem Weg zum Kommunismus setzte, übernahm die KPChinas unter ihrem großen Vorsitzenden, dem Genossen Mao Tse-tung die Spitze der internationalen kommunistischen Weltbewegung.

Die Frage, vor der wir stehen, lautet doch nicht, wer wen führen soll, sondern ob man am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festhalten oder sich dem Revisionismus und Spaltertum der Führung der KPdSU unterwerfen soll. Am Marxismus-Leninismus festhalten aber heißt heute, sich eng mit der KPChinas und hier in Europa mit der KPAlbaniens und anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu verbünden.

Heißt das aber, die leninsche These von der Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien und ihrer Tätigkeit gemäss den konkreten Bedingungen eines jeden Landes mißachten? Keinesfalls! Niemand wird es uns abnehmen, den revolutionären Weg zur Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland entsprechend den konkreten Bedingungen unseres Landes zu erarbeiten und zu beschreiten. Es ist doch geradezu lächerlich, uns vorzuwerfen, den Weg, den die KPCh zur Eroberung der politischen Macht beschritt, sklavisch nachahmen zu wollen. Wohin sollte unser 'langer Marsch' denn führen? Oder sollten wir uns etwa ins Siebengebirge zurückziehen? Auf eines aber können sich die Herren Revisionisten verlassen: es wird ein revolutionärer Weg, der Weg der Oktoberrevolution sein, den wir beschreiten. Mit ihrer antimarxistischen These vom "friedlichen Übergang" können sie uns samt und sonders gestohlen bleiben.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Was sie mit ihren Scheinargumenten wollen, ist, verhindern, daß wir Marxisten-Leninisten auf internationaler Basis uns keine gemeinsame Linie in den Hauptfragen wie z.B. die Haltung gegenüber dem Imperialismus und dem Revisionismus, die Respektierung des allgemeinen Gesetzes der Revolution, des sozialistischen Aufbaus usw. erarbeiten. Doch das wird ihnen nicht gelingen. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit, die wütenden Angriffe der Imperialisten (Indonesien, Griechenland, Vietnam, Naher Osten) und ihrer Helfershelfer der modernen Revisionisten gegen die Völker, gegen den Marxismus-Leninismus und Sozialismus zeigen, daß wir die internationale Einheit der Marxisten-Leninisten festigen müssen.

Konsequente Materialisten sind unerschrockene Leute, und so hoffen wir, daß die gemeinsam mit uns kämpfenden Menschen mutig Verantwortlichkeiten auf sich nehmen, Schwierigkeiten überwinden, keine Angst vor einem Rückschlag haben, Klatsch und Spott nicht fürchten und ohne Scheu uns Kommunisten kritisieren beziehungsweise uns Vorschläge machen werden. "Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerren"; im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus müssen wir eine solche Furchtlosigkeit haben.

Mao Tse-tung

Mögen sie noch so laut schreien, mögen sie uns als Satelliten Chinas bezeichnen, mögen sie uns beschuldigen, daß wir eine neue internationale Organisation schaffen wollen. Es wird uns eine Ehre sein. Jawohl, wir sind für die proletarische internationale Einheit aller Marxisten-Leninisten, die sie schamlos und gründlich verraten haben. Niemand wird uns hindern, uns eng mit China und Albanien, ihren kommunistischen Parteien, mit allen allen marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen, zur Schaffung der internationalen Einheit aller Marxisten-Leninisten zu verbünden und den Hammer zu schmieden, der den Imperialismus und seine Lakaien restlos zerschlägt.

Ernst Aust

Noch weiter rechts

Jedermann weiß, daß wir Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, für eine Aufhebung des KPD-Verbots sind. Nicht, daß wir die Hoffnung hegten, die heute in ihrem Apparat revisionistische KPD würde sich wieder zu einer revolutionären, den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus folgenden Partei mausern, sondern weil eine legale KPD offen Farbe bekennen müßte. Doch das tut sie auch so.

Am Donnerstag dem 8. Februar legte die KPD auf einer Pressekonferenz in Frankfurt durch die eigens zu diesem Zweck in die Bundesrepublik eingereisten ZK-Mitglieder Schäfer und Mies den seit langem angekündigten neuen Programmentwurf der Öffentlichkeit vor. Natürlich ge-

schah dies nicht, ohne die Einreise der beiden gründlich vorzubereiten. Rechtsanwalt Ammann hatte vorsorglich bei allen in Frage kommenden Staatsanwaltschaften nachgeforscht, ob noch Haftbefehle vorliegen. Vorsorglich hatte man bereits vorher den Programmentwurf den dafür zuständigen Parteiinstanzen Westdeutschlands zur gefälligen Begutachtung vorgelegt. Dann gab man "grünes Licht".

Daß es dennoch zur Panne der vorübergehenden Festnahme von Mies und Schäfer kam, lag einzig und allein an der Sturheit der Bundesregierung und der Justizbehörden, die auf eine Neugründung statt Wiederzulassung der KPD beharren. Diese Sturheit ist wirklich beachtlich, denn was an Zugeständnissen will die Monopolbourgeoisie denn noch mehr verlangen, als in diesem, den Spuren Kautskys und Bernsteins folgendem Programmentwurf schon enthalten ist? Sie kann sich doch gar keinen besseren Verbündeten im Lager der Arbeiterklasse wünschen, als diese rechten Führer der KPD. Warum will sie durch ihr Beharren auf Neugründung ihnen die Wiedereinreise in die Bundesrepublik unmöglich machen? Denn das allein ist doch der Grund (die noch vorliegenden Haftbefehle) warum man seitens des ZK der KPD auf eine Wiederzulassung beharrt.

Am vorliegenden Programmentwurf, dessen ganzer Aufbau auf den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" mit Hilfe des parlamentarischen Systems gerichtet ist, liegt es nicht. Auf dieses Programm - mit dem wir uns noch näher befassen werden - trifft haargenau zu, Was Professor Ridder in einem Gutachten zu einem Staatsgefährdungsprozeß gegen einen Kommunisten (am 13.12.67 in Stuttgart) sagte. Nämlich, daß die KPD bei Betrachtung ihrer Zielsetzung nicht verfassungsfeindlich sei, sondern, daß bei einem Vergleich der heutigen Ziele der KPD mit dem "Ahlener Programm" der CDU man zweifelsohne zu dem Ergebnis komme, daß die KPD "noch rechts davon steht".

Im Zeichen der Sammlung

Am 2. Februar trafen sich im Raum Mannheim die dem ROTEN MORGEN nahestehenden marxistisch-leninistischen Genossen zu ihrer konstituierenden Sitzung und wählten einstimmig eine kollektive Leitung.

Politisch wurde beschlossen: Den Imperialismus und an seiner Spitze den derzeit aggressivsten Vertreter, den der USA zu bekämpfen; den Revisionismus unaufhörlich anzugreifen; die nationale Bourgeoisie zu schwächen mit dem Ziel; die Diktatur des Proletariats zu errichten, die einzig und allein der Weg zur Errichtung des Sozialismus ist.

Marxistisch-Leninistische Partei Frankreichs gegründet!

Weder ein bewaffneter Überfall durch revisionistische Gangster noch Polizeiterror konnten die Konstituierung der Kommunistischen Marxistischen-Leninistischen Partei Frankreichs am Jahresende 1967 verhindern.

In einem Kommuniqué der Partei in der "l 'Humanité Nouvelle" heißt es, daß die französische Polizei während der Zeit, als die Delegierten zum Tagungsort fuhren, in allen den Kongreßort umgebenden Straßen und Gassen Sperren errichtet hatte, an denen alle Passanten perlustriert wurden, um so die Namen und Adressen der Delegierten festzustellen. Am zweiten Arbeitstag des Kongresses führte eine Gruppe haßerfüllter Werkzeuge der Revisionisten einen bewaffneten Überfall auf drei Delegierte durch, die sich vor dem Eingang des Kongreßsaales befanden. Die Banditen versuchten, diese drei Delegierten zu verschleppen, indem sie sie mit vorgehaltener Pistole bedrohten. Als den Bedrohten andere Kongreßteilnehmer zu Hilfe kamen, wandten sich die Banditen zur Flucht, wobei sie mehrere Schüsse auf die Delegierten abgaben. Dabei wurde ein Delegierter schwer verwundet und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Trotz schneller Flucht konnten zwei der revisionistischen Gangster erkannt werden. Es handelte sich um ein bei der revisionistischen Zeitung "La Marseillaise" beschäftigtes Subjekt und einen zur Leibgarde von F. Billoux, Mitglied des Politbüros der revisionistischen KPF, gehörenden Gorilla.

Die erfolgreiche Gründung der marxistisch-leninistischen Partei Frankreichs ist ein großer Sieg von historischer Bedeutung für die französische Arbeiterklasse. Wir, die Marxisten-Leninisten Frankreichs, heißt es im Kommuniqué, rufen alle Werktätigen auf, die jetzt entstandene neue kommunistische Partei als jene proletarische Avantgarde anzuerkennen und zu unterstützen, welche die vollständige Emanzipation des arbeitenden Volkes Frankreichs erkämpfen wird. (Weitere Berichte folgen).

"Wann immer auch ein Bürgerkrieg von gesamtstaatlichem Charakter ausbricht, müssen wir darauf vorbereitet sein. Wenn er bald, selbst morgen früh schon ausbrechen sollte, sind wir auch darauf gefaßt."

Mao Tse-tung

+ + +

"L' Unità", die Tageszeitung der reformistischen KP Italiens, veröffentlichte vor einigen Wochen Einzelheiten der NATO-Staatsstreichpläne, nach denen vor einem Jahr auch der griechische Militärputsch abrollte. Auf diese Planung, das "Unternehmen Prometheus", hatte bereits im vergangenen Sommer der Stellvertretende Chefredakteur der "New York Times", Sulzberger, hingewiesen.

Der Meldung zufolge stand Italien im Sommer 1964 nach monatelanger Krise der reaktionären Regierung Moro unmittelbar vor einem Staatsstreich "von rechts". Verantwortlich an der Verschwörung beteiligt waren der italienische Geheimdienst SIFAR, bestimmte Kreise des italienischen Großkapitals, hohe Militärs (z.B. der General De Lorenzo und der damalige "Verteidigungsminister" Andreotti, der heute sinnigerweise als "Industrieminister" fungiert) sowie natürlich der unvermeidliche CIA. Der auf den 10. Juli angesetzte Putsch wurde aus bisher unbekanntem Grund in letzter Stunde abgeblasen. Zur "Untersuchung der Gerüchte über einen angeblich geplanten Militärputsch" hat einer AP-Meldung zufolge der gegenwärtige italienische "Verteidigungsminister", Tremelloni, Mitte vergangenen Monats einen dreiköpfigen "Untersuchungsausschuß" bilden lassen. Dem "Ausschuß" gehören an ein Armeegeneral, ein General der Luftwaffe und ein Admiral. Es wird also alles in der Familie bleiben!

Nach Plan hätten die drei Bürgerkriegsdivisionen des General De Lorenzo am Morgen des 10. Juli 1964 in den Städten Rom, Mailand und Neapel schlagartig alle strategischen Positionen besetzen sollen. Ebenso wie in Griechenland wären an Hand einer vorbereiteten Liste Massenverhaftungen bei Nacht und Nebel vorgenommen worden: Mitglieder fast aller Parteien sowie der Gewerkschaften. Auf der "Schwarzen Liste" standen auch die Namen des heutigen Regierungschefs Sarragat und Papst Paul VI., damals noch Kardinal Montini. Konzentrationslager auf der kleinen Mittelmeerinsel Asinara sowie bei der Ortschaft Castiadas auf Sardinien hätten die Gefangenen aufgenommen.

Sollten diese erschreckenden Enthüllungen nicht auch den Reformisten der KP Italiens und ihren Glaubensbrüdern in Westdeutschland zu denken geben? Da liegen also in allen NATO-Staaten derart famose Pläne auf Abruf bereit. Ein weiteres Griechenland ist jederzeit herstellbar. Dennoch behaupten die italienischen Genossen immer noch steif und fest, entscheidende "Strukturreformen" seien auch unter der bürgerlichen "Demokratie", auf "parlamentarischem Weg", vom heißgeliebten Ministersesselchen aus möglich. Diese Leute haben in der Tat nichts begriffen!

Unsere Epoche ist gekennzeichnet durch den Niedergang des kapitalistischen Systems, durch seinen verzweifelten Todeskampf, durch immer brutalere Versuche, das Rad der Geschichte doch noch einmal zurückzudrehen: Vietnam, Dominikanische Republik, Cuba, Nahost, Ghana, Indonesien, Griechenland usw. Der Stimmzettel verliert angesichts der bewaffneten Konterrevolution mehr und mehr an Bedeutung. So hat zum Beispiel die indische Zentralregierung unter offener Mißachtung des "Wählerwillens" wiederholt Provinzregierungen gestürzt (Westbengalen, Kerala) und durch willfährige Kreaturen ersetzt. So kam zum Beispiel die griechische Reaktion einer totsicheren Wahlpleite durch den Militärputsch zuvor. So zerrissen die USA und ihre südvietnamesischen Marionetten kurzerhand das "Genfer Abkommen", setzten die vereinbarten Wahlen ab und leiteten die blutige Verfolgung aller vietnamesischen Patrioten ein.

Das Gewicht verlagert sich immer mehr von den "friedlichen" Kampfformen auf die "nichtfriedlichen", gewaltsamen. Da die reformistischen "Kommunistischen" Parteien es stets versäumen, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen, und stattdessen auf ihrem "friedlichen Übergang" herumreiten, haben die reaktionären Kräfte leichtes Spiel. Der US-Imperialismus selbst hat bereits in allen Teilen der Welt "die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt". Die westeuropäische Industriebourgeoisie ist offen entschlossen, jeden grundsätzlichen Reformversuch im Keim oder auch im Blut zu ersticken, ihre Klassenprivilegien mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Die Ereignisse in Griechenland und Indonesien beweisen, daß die herrschenden

Klassen, wo ihnen nicht gerade die bewaffnete Arbeiterklasse gegenübersteht, durchaus imstande sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt derartige konterrevolutionäre Staatsstreiche zu inszenieren und statt der komplizierten pseudodemokratischen Manipulationsmaschine die nackte faschistische Diktatur zu installieren. Dann findet unter Garantie gerade das Blutvergießen, das Gemetzel statt, das die Reformisten mit ihren friedlichen Kampfformen angeblich verhindern wollen. Hunderttausende indonesischer Genossen haben diese bittere Erfahrung mit dem Leben bezahlt.

Unter den Bedingungen der rapiden Refaschistisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft haben die westdeutschen Reformisten die Parole ausgegeben, Hauptaufgabe sei gegenwärtig die Verteidigung der bürgerlichen Verfassung und "Demokratie": "Verhinderung der Notstandsgesetze", "Einheitsfront aller demokratischen Kräfte!" usw. usf. Nun gut! - aber es dabei zu belassen heißt, das Volk für dumm verkaufen zu wollen. Ob nun gerade Notstandsgesetze zur Hand sind oder nicht - das spielt gar nicht einmal eine so große Rolle. Die Reaktion braucht keine Notstandsgesetze, um ihre Panzer in Marsch zu setzen. Und eine "Einheitsfront aller demokratischen Kräfte", sei sie auch noch so breit, kann den Faschismus nicht aufhalten, solange sie sich auf die "parlamentarischen", "friedlichen" Kampfformen beschränkt. Angesichts massiver Staatsstreichpläne reichen eben "demokratische Einheitsfront" und "parlamentarischer Kampf" allein nicht mehr aus! "Was nützt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdessen die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt? ..." (Karl Marx i. d. "Neuen Rheinischen Zeitung" vom 7. Juni 1848). Der zum Äußersten entschlossenen Bourgeoisie gegenüber ist eine neue Qualität, eine neue Organisation der Massen, sind völlig neue Kampfformen notwendig.

Fassen wir zusammen: An einem bestimmten Punkt wird zwangsläufig jede beliebige Bourgeoisie Westeuropas zum "Allheilmittel" des Faschismus greifen, um die Futterkrippe zu verteidigen und eine Änderung der bestehenden Zustände zu verhindern - sei es nun, daß sie mit Hilfe ihrer breit gefächerten Manipulationsinstrumente "legal" zur Macht gelangen (Hitler), sei es, daß sie Panzer auffahren lassen. In der Konsequenz ist dieser Unterschied nicht einmal wesentlich. Es gibt nur einen Weg, um unter diesen Umständen die bürgerliche "Demokratie" (an der die Reformisten ja so sehr hängen) zu erhalten und darüber hinaus in Richtung auf den Sozialismus voranzuschreiten: "Den Krieg mit Krieg bekämpfen!" - d.h. die Vorbereitung auf den konterrevolutionären Staatsstreich, die Vorbereitung des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes. Irgendeinen rein "legalen", "parlamentarischen" Weg gibt es heute nicht mehr!

Machen wir uns das ganz klar: was sich in Griechenland und Indonesien ereignet hat, kann auch in Westdeutschland ohne weiteres passieren, wann immer es den Herrschenden geraten erscheint. Ohne bewaffnete Macht befindet sich die Arbeiterklasse zwangsläufig in einer außerordentlich passiven Lage - sie wird nur gerade das erhalten, was ihr die Herrschenden aus eigenen Stücken zuzugestehen bereit sind. Das ist absolut unerträglich! "Die Arbeiter erwarten keine Kompromisse und bitten nicht um Almosen; sie erstreben die rücksichtslose Zertrümmerung der reaktionären Kräfte, d.h. die revolutionär demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (Lenin, Zwei Taktiken, 1905) Soll das keine Phrase bleiben, so müssen die beherrschten Massen der Arbeiter, Kleinbürger und Bauern unbedingt auch auf die "nichtfriedliche" Entwicklung, auf den revolutionären Bürgerkrieg vorbereitet werden; die Vorbereitung der "sozialpsychologischen Bedingungen" des Aufstandes ist auf die Tagesordnung zu setzen, "nicht im Sinne einer direkten Aufforderung, ... sondern im Sinne einer notwendigen Schlußfolgerung. " (Lenin).

ALLE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!

Frankreich:

Militanter Massenkampf

Die chauvinistische Großmachtpolitik des Gaullismus hat wachsende Belastung des französischen Volkes zur Folge. Der Widerstand der Arbeiter, Klein- und Mittelbauern sowie der Angestellten und kleineren Selbständigen wird immer erbitterter. Besonders die französischen Arbeiter und Kleinbauern sind immer weniger bereit, sich auf die "friedlichen" Kampfformen zu beschränken. Die konservative französische Zeitung "Le Monde" kommentierte erschreckt: "Kein Tag vergeht, ohne daß nicht irgendwo in Frankreich ... sich Versammlungen und Protestzüge bilden, die die Unzufrieden-

heit der Arbeiter zum Ausdruck bringen über soziale Unsicherheit, drohende Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard ..."

Zur Straßenschlacht entwickelte sich am 27. Januar der Streik von 4800 Arbeitern eines Renault-Zulieferbetriebes in Blainville-sur-Orne (nahe Caen). Um ihrer Forderung nach sechsprozentiger Lohnerhöhung mehr Nachdruck zu verleihen, marschierten die Arbeiter in das einige Kilometer entfernte Caen. Dort schlossen sich mehrere tausend Menschen, darunter viele Studenten, der Manifestation an. Die Menge belagerte das Gebäude der Präfektur von Caen. Als die Polizei die Demonstranten mit Schlagstöcken und Tränengas zurückzudrängen versuchte, setzte die Menge sich mit Steinen, Eisenstangen und verschiedenen Wurfgeschossen zur Wehr. Mehr als 100 Menschen wurden verletzt; 18 von ihnen, darunter 6 Polizisten, mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Etwa gleichzeitig belagerten 7000 Menschen die Unterpräfektur von Fougère (Bretagne). Mehrere Scheiben gingen zu Bruch, bevor es der Polizei gelang, die Menge durch massierten Einsatz von "Tränengas" auseinanderzutreiben. Zwei Arbeiter wurden mit schwerer Vergiftung ins Krankenhaus eingeliefert.

Am selben Tag besetzten in Merignac (nahe Bordeaux) streikende Arbeiter das Werksgelände.

Guatemala:

Verdiente Strafe

Aus einem Personenwagen heraus wurden in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Guatemala am 17. Januar zwei US-Militär-Diplomaten getötet, darunter der CIA-Beauftragte Oberst John Webbers. Zwei weitere Angehörige des Botschaftspersonals wurden verletzt. Die Exekution der US-Militärs ist eine Vergeltung für verschiedene Attentate faschistischer Terroristen, die von der US-Militärmission aus dirigiert und bezahlt werden.

Japan:

"Yankee go home!"

Insgesamt mehr als 200 000 Japaner nahmen Mitte Januar an Demonstrationen gegen den "Besuch" des US-Flugzeugträgers "Enterprise" teil. Allein an den mehrtägigen Demonstrationen in der Hafenstadt Sasebo und in Tokio nahmen jedes Mal zwischen 15 000 und 50 000 Menschen teil. Hunderte von Studenten, viele mit weißen Sturzhelmen und langen Knüppeln ausgerüstet, versuchten wiederholt, den bei Sasebo gelegenen US-Stützpunkt zu stürmen. Nach unvollständigen Angaben wurden dabei 450 Menschen verletzt, darunter zahlreiche Polizisten und Agenten in Zivil.

Afrika:

Neue Siege

Neue Siege der Völker von Mosambik, Simbabwe (Südrhodesien) und Portugiesisch-Guinea meldet "hsin hua".

In Mosambik wurden bereits in der ersten Woche des neuen Jahres 13 portugiesische Soldaten beim Kampf mit Guerillas getötet. Freiheitskämpfer in Simbabwe führten zwischen dem 2. und 7. Januar eine Reihe Gefechte durch. Sie töteten dabei 41 Soldaten und verwundeten weitere. In Portugiesisch-Guinea wurden in der Zeit vom 29. November bis 19. Dezember vergangenen Jahres insgesamt 136 portugiesische Soldaten getötet, darunter zwei Offiziere. Bisher sind knapp zwei Drittel des Landes befreit worden.

Indien:

"Freiwillige" gegen das Volk

Die chinesische Nachrichtenagentur "hsin hua" meldet aus Indien:

E.M.S. Namboodiripad und andere indische "Kommunisten", die glücklich einen Ministersessel in der Regierung des Bundesstaates Kerala ergattert haben, sind jetzt dabei, ein "Freiwilligenkorps zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" aufzubauen. "Die Freiwilligen könnten zur Ergänzung der Aufgaben der Polizei eingesetzt werden ...", begeisterten sich die Revisionisten.

Schon im letzten September hatten indische "Kommunisten" in den Bezirken Cannonore und Calicut Trainingscamps angelegt, in denen 130 Offiziere, meist ehemalige Armeeangehörige, für das geplante "Freiwilligenkorps" ausgebildet wurden. Das "Freiwilligenkorps" wurde zuerstenmal im vergangenen Oktober gegen demonstrierende Arbeiter und Tagelöhner des Bezirks Calicut eingesetzt.

"Unberührbar"

Ins Fettnäpfchen trat der sowjetische Ministerpräsident Kossygin während seines Besuchs in Indien Ende Januar. Als er versehentlich einem zur untersten Kaste der "Unberührbaren" gehörenden Tagelöhner die Hand geben wollte, mußten indische Protokollbeamte ihn belehren: "Eine hochgestellte Persönlichkeit darf eine so niedrige Kreatur nicht berühren!"